

Rasthaus

Die brutale und oftmals tödliche Abschottungspolitik der EU kommt nicht nur auf dem Mittelmeer oder der griechischen Insel Lesbos zum Tragen. Vielmehr hat die EU bereits seit Jahren zahlreiche Transitländer vor den Toren der Festung Europa mittels erpresserischen Drucks in die systematische Grenzüberwachung mit eingebunden. So werden Geflüchtete und Migrant_innen in der Sahara im Auftrag der EU abgefangen, in Internierungslager gesperrt und Richtung Süden abgeschoben - etwa nach Mali oder in den Niger. Konsequenz ist, dass diese bereits in der Wüste keine andere Möglichkeit sehen, als mit Hilfe von Schleppern hochgradig gefährliche Umwege in Kauf zu nehmen, anstatt in ganz normalen Reisebussen auf den befestigten, häufig sogar geteerten Straßen die Sahara zu durchqueren. Am zugespitztesten ist die Situation für Frauen und ihre Kinder. Denn immer wieder werden sie Opfer sexualisierter Gewalt - meist durch Schlepper und Grenzbeamte, aber auch durch männliche Mitreisende. So ist es kein Zufall, dass Frauen von den Schleppern in aller Regel sorgfältig auf die unterschiedlichen Autos und Lastwagen verteilt werden. Denn an den Grenzübergängen fungieren diese als eine Art sexuelles "Wechselgeld", wie es in einer von Geflüchteten und Migrant_innen geprägten Formulierung heißt. Vor diesem Hintergrund hat Afrique-Europe-Interact im Februar 2015 in der marokkanischen Hauptstadt Rabat eine Rasthaus-Wohnung für Frauen und ihre Kinder eröffnet, insbesondere um neu ankommenden Migrantinnen die Möglichkeit zu geben, sich ein bis zwei Monate auszuruhen und die nächsten Schritte sorgfältig zu planen. Bislang konnten 40 Frauen und 15 Kinder vorübergehend untergebracht werden, zudem wurden zwei Kinder geboren. Die Unterkunft ist umsonst, hinzu kommen die Zutaten für eine gemeinsam zubereitete Mahlzeit pro Tag, die ebenfalls umsonst zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus ist ein Telefon für dringende Anrufe verfügbar, außerdem gibt es ein kleines Notfallbudget für ärztliche, vor allem gynäkologische Behandlungen. Betreut wird die Wohnung von zwei Migrantinnen aus dem Kongo, zu denen bereits seit langem vertrauliche Kontakte bestehen, beide erhalten für ihre Arbeit eine ortsübliche Entlohnung. Erfreulich ist, dass es durch Unterstützung der NGO medico international erst kürzlich möglich geworden ist, eine zweite Wohnung anzumieten. Dennoch sind wir unverändert auf Spenden für das Rasthaus angewiesen. Weitere Informationen finden sich auf unserer Webseite.

Afrique-Europe-Interact arbeitet zu 100 Prozent ehrenamtlich. Der größte Teil unserer Spenden fließt in die Aktivitäten unserer Mitstreiter_innen in Mali, Burkina Faso, Togo und Marokko. Unser Spenden-Motto lautet: Umverteilung praktisch angehen!
→ Seite 4



Bei der gewaltfreien Revolution in Burkina Faso im Oktober 2014 spielten Frauen mit Kochlöffeln bei den Blockaden eine zentrale Rolle [Foto: Issouf Sanogo/AFP]

Wider den Selbstbetrug der EU

Globales Nord-Süd-Gefälle überwinden, Bewegungsfreiheit herstellen

"Fluchtursachen bekämpfen" – spätestens seit Geflüchtete und Migrant_innen das europäische Grenzregime massenhaft überannt haben, ist das martialisch anmutende Motto zu einer Art Hoffnungsanker europäischer Politiker_innen geworden. Mehr noch: Die EU hat das Thema Mitte November ins Zentrum des afrikanisch-europäischen Migrationsgipfels auf Malta gerückt. Und auch die Medien ziehen mit. In zahlreichen Hintergrundberichten werden derzeit Armut, Umweltzerstörung oder Krieg thematisiert. Gleichwohl bleibt die öffentliche Debatte seltsam steril. Denn ein Blick hinter die Kulissen findet nur selten statt, Europa scheint mit den strukturellen Ursachen von Flucht und Migration kaum etwas zu tun zu haben – jedenfalls was Afrika betrifft. Handfeste Ergebnisse konnten daher auf Malta nicht erzielt werden, zur Diskussion stehen stattdessen aberwitzige Szenarien. Beispielsweise im Niger riesige Aufanglager für Geflüchtete zu bauen – also in einem Land, das im UN-Index für menschliche Entwicklung seit Jahren auf dem letzten Platz rangiert.

Kurzum, vieles spricht dafür, einen Perspektivwechsel zu vollziehen: Anstatt die eigene Verantwortung zu leugnen, sollte sich Europa endlich der Tatsache stellen, dass es in den letzten Jahrzehnten mit seiner rücksichtslosen Wirtschafts- und Interessenpolitik maßgeblich zur aktuellen Situation in weiten Teilen Afrikas beigetragen hat – wie einige Beispiele zeigen mögen:

Als Anfang der 1980er Jahre zahlreiche Länder des globalen Südens in den Schuldenstrudel gerieten, wurden ihnen vom Internationalen Währungsfonds (IWF) bzw. der Weltbank so genannte Strukturprogramm auferlegt, also jene neoliberale Rosskur, die Griechenland seit 2010 zu durchlaufen hat. Nicht nur öf-

fentliche Ausgaben mussten massiv gekürzt werden, etwa im ohnehin nur bruchstückhaft entwickelten Bildungs- und Gesundheitswesen – letzteres mit fatalen Auswirkungen bis hin zu jüngsten Ebola-Krise in Sierra Leone, Liberia und Guinea. Auch zahlreiche wirtschaftspolitische Maßnahmen wurden verhängt, darunter Marktöffnungen sowie der Abbau preistabilisierender Subventionen. Ergebnis war, dass viele der in den ersten 20 Jahren seit der Unabhängigkeit entstandenen Industriebetriebe unter der plötzlichen Weltmarkt Konkurrenz wie Kartenhäuser zusammenbrachen – ein Schock, von dem sich die meisten der betroffenen Länder bis heute nicht erholt haben. Umso dramatischer ist es, dass es der EU 2014 nach jahrelangem Druck gelungen ist, zahlreiche Länder Afrikas zur Unterzeichnung der Economic Partnership Agreements (Wirtschaftspartnerschafts-

abkommen), kurz EPAs, zu nötigen. Denn obwohl gerade mal 10 Prozent der afrikanischen Produkte auf dem Weltmarkt als konkurrenzfähig gelten, sehen die EPAs vor, dass die Europäische Union 83 Prozent ihrer Produkte zollfrei nach Afrika exportieren kann. Hinzu kommt, dass dies für die afrikanischen Staaten bis zu 2,3 Milliarden Euro jährliche Einnahmefälle beim Zoll bedeuten dürfte, was ungefähr zwei Drittel der jährlichen Entwicklungshilfe aus Deutschland entspricht.

Ein weiteres Beispiel: Als den am höchsten verschuldeten Entwicklungsländern zwischen 1999 und 2004 im Rahmen eines hierzulande hoch gelobten Entschuldungsprogramms der Weltbank ihre Schulden erlassen wurden, war auch dies

an strenge Auflagen gekoppelt. So wurde Ghana 2003 gezwungen, Einfuhrzölle gegen Dumping-Hühnerfleisch aus der EU zurückzunehmen, obwohl ghanaische Hühnerzüchter hierdurch bereits erhebliche Marktanteile eingebüßt hatten. Gleichermaßen wurden die betreffenden Länder gezwungen, hochgradig investorenfreundliche Bergbaugesetze zu verabschieden. Konsequenz war, dass die internationalen Bergbaukonzerne kaum noch Steuern oder Abgaben abführen mussten. Konkreter: Während die afrikanische Bergbauindustrie in den 1990er Jahren durchschnittlich 5 Prozent Gewinn pro 1 Dollar Umsatz gemacht hat, ist dieser Wert bis 2008 auf 27 Prozent angewachsen. Entsprechend tragen die Steuern der Minenkonzerne in einem bitterarmen Land wie Mali gerade mal 10 Prozent ihrer Nettogewinne.

Mit läppischen 1,8 Milliarden Euro ist Kampf gegen Fluchtursachen nicht möglich!

Doch nicht nur ökonomisch, auch politisch macht Europa seine Interessen immer wieder geltend – notfalls auch opportunistisch. Als etwa im Oktober 2014 in einem gewaltfreien Volksaufstand in Burkina Faso der langjährige Diktator Blaise Compaoré aus dem Amt gejagt wurde (vgl. S. 2), unterstützte die EU den anschließenden Übergangsprozess ohne Umschweife. Vergessen war, dass Compaoré bis zu seinem Sturz durch die EU als sogenannter Stabilitätsanker in Westafrika hofiert wurde. Vergessen war auch, dass Compaoré für den Mord an seinem Vorgänger Thomas Sankara verantwortlich gewesen ist, also jenem Politiker, der sich nicht zuletzt deshalb den geballten Zorn des Westens zugezogen hatte, weil er 1987 in seiner berühmten Rede vor der Organisation für Afrikanische Einheit

die afrikanischen Staatsschefs aufgefordert hatte, ihre Schuldentzinsen einzustellen.

Gewiss, das Genannte stellt lediglich einen Ausschnitt dar. Dennoch dürfte deutlich geworden sein, wie abstrus die auf Malta erfolgte Ankündigung der EU gewesen ist, mit der läppischen Summe von 1,8 Milliarden Euro Fluchtursachen in Afrika bekämpfen zu wollen. Erforderlich wäre vielmehr, in einem ersten Schritt von all jenen Maßnahmen wie den (noch nicht ratifizierten) EPAs abzulassen, die so etwas wie eine eigenständige Entwicklung vieler afrikanischer Länder bereits im Keim ersticken. Hinzu kommt die Notwendigkeit umfassender materieller und finanzieller Unterstützung – im Übrigen auch als Entschädigung für Sklaverei, Kolonialismus, Strukturanpassungspolitik und Klimawandel.

Unbeschadet dessen ist die EU weiterhin für ihre Abschottungspolitik massiv zu kritisieren. Denn diese kann lediglich den menschlichen Preis nach oben treiben, nicht aber den Aufbruch immer neuer Flüchtlinge und Migrant_innen verhindern – jedenfalls nicht unter den aktuellen Rahmenbedingungen. Statt geschlossener Grenzen ist vielmehr Bewegungsfreiheit zu gewährleisten, denn nur wenn Menschen sicher, kostengünstig und ohne erpresserischen Druck durch das Schlepperbusiness kommen und wieder gehen können, kann sich langfristig eine gute Balance zwischen Migration und selbstbestimmter Entwicklung herausbilden – ob als dauerhafte oder als Pendel-Migration.

Information: Anlässlich des Afrika-EU-Gipfels auf Malta haben wir einen offenen Brief an die afrikanischen Regierungen verfasst, u.a. mit der Forderung, Abschiebeabkommen nicht zuzustimmen: → Vgl. www.afrique-europe-interact.net

Respekt als Basis

Über Kunst, Ökologie und Migration

Die panafrikanische Künstler_innengruppe Fasokele gehört zu den Gründungsmitgliedern von Afrique-Europe-Interact in Mali. Jetzt will die Gruppe ihren schon lange gehegten Traum wahr machen und ein ökologisches Künstler_innendorf in Guinea aufbauen. Bei einem Interview in Bamako haben sie entlang diverser Stichworte Auskunft über ihre Pläne und Ideen gegeben.

"Die ersten Anfänge"

Wir sind alle Künstler_innen und in dieser Rolle willst du anderen etwas vermitteln. In unserer Kunst, unserer Musik geht es um Themen wie Solidarität, Gleichheit oder den Schutz der Umwelt. Wir haben uns also zusammengetan, um uns gegenseitig zu ermutigen und zu stärken. Denn als Afrikaner_innen sind wir ziemlich traumatisiert. Es geht uns aber nicht darum, uns für das schlechte Leben zu rächen – sonst bist du am Ende der Allerglücklichkeit! Oder anders ausgedrückt: Für uns als Faso Kele ist ein respektvoller Umgang die zentrale Grundlage. Wenn wir uns hierauf verständigen können, dann werden wir gemeinsam das gute Leben finden.

"Natur"

Wir denken, dass es uns weiterbringt, nach den Prinzipien der Natur zu leben. Wir wollen erstmal mit 2 Hektar Boden starten, um Aufforstung zu betreiben und einen Garten anzulegen. Bei den Bäumen handelt es sich um Bäume und Pflanzen mit Heilstoffen und essbaren Anteilen. Denn wie wir alle wissen, kommt die Gesundheit als erstes, aber auch die Ernährung ist sehr wichtig. Gleichzeitig schützt die Aufforstung die Natur. Somit entsteht eine Verbindung zwischen uns und der Natur. Auf der anderen Seite gibt es viel Umweltverschmutzung, die Abfälle kommen aus den Städten und vergiften die Böden und die Luft auf dem Land, das ist sehr gefährlich! Wir kämpfen gegen die Produktion von Plastik und für Recycling. Deshalb haben wir bereits ein Theaterstück über die schwarzen Tüten gemacht, die überall in Afrika zirkulieren.

"Rückzug"

In einem solchen Dorf zu leben, heißt für uns auf keinen Fall Rückzug, sondern die Möglichkeit, auch andere aufzunehmen, um sich politisch auszutauschen. Vor allem wollen wir uns auch mit der Bevölkerung vor Ort zusammenschließen. Wir glauben nicht, dass es einfach wird, aber die praktische Umsetzung wird vieles klarer machen.

"Kontakt mit jungen Migrant_innen"

Wir haben schon in Bamako viele junge Migrant_innen begleitet. Wenn die Leute sich melden, dann schicken wir sie nicht weg! Wir nehmen uns viel Zeit, um sie zu beraten. Wir müssen heulen, wenn sie gehen, aber wir möchten auch klarstellen: Ihr entscheidet, ob ihr bleibt oder geht! Und die, die einmal los sind, da ist echt Power dahinter! Im Fasokele-Dorf werden wir damit weitermachen. Die jungen Leute können kommen, um sich auszuruhen oder neue Ideen zu erhalten. Wir können ihnen auch helfen, ihre künstlerischen oder handwerklichen Fähigkeiten zu entwickeln. In diesem Sinne werden wir auch unser Theaterstück zu Oury Jalloh weiter spielen. Nicht nur, um sein Leben nachzuerzählen, sondern auch, um bewusst zu machen, wie die Ungerechtigkeit besonders Afrikaner_innen in Europa krass trifft. Und auch um klar zu machen, dass Europa nicht das Paradies ist. Im Gegenteil: Du kannst überall ohne Sorgen leben, in Ruhe und im Einklang mit der Natur. Wir glauben, dass das Paradies dort ist, wo du dich frei fühlst, wo du weißt, was du bist, wo du Respekt und Beachtung findest.

"Entwicklung"

Entwicklung ist nicht alleinige Aufgabe der Regierung, sie beginnt vielmehr mit uns selbst. Denn wir sind die primären Opfer der sogenannten Unterentwicklung. Wir glauben daher, dass wir unseren eigenen Raum entwickeln müssen. Und das Dorf ist in unseren Augen ein geeigneter Ort, um dies anzugehen, um Bewusstsein herzustellen, um dem Mangel, den die Jugend empfindet, etwas entgegenzusetzen. Wir möchten dem Exodus der Migration etwas entgegenzusetzen, egal ob die Leute aus Hunger oder wegen der Arbeitslosigkeit gehen.

"Festival für eine Welt ohne Grenzen"

Wir werden bei unserem jährlichen Festival im Januar die Idee von unserem Dorf ebenfalls verbreiten. Das Festival ist ein sehr wichtiges Werkzeug, wir können uns dort auf der Bühne zu allen Themen äußern, zur Migration, zum Landraub, zum Schutz der Umwelt oder zu sozialen Fragen. Es sind drei Tage mit Musik, Debatten und Kleinkunst-Workshops, wo wir viele Leute erreichen. Es ist an der Zeit, dass wir Künstler_innen uns noch stärker in die Gestaltung der Welt einbringen. Unsere Ideen für ein gutes Leben für alle beruhen darauf, den Menschen mitzuteilen, dass die Menschlichkeit einen Platz in unserer Welt hat. Und das ist es, was wir wollen, das ist unsere Liebe.

Entwicklung ist nicht alleinige Aufgabe der Regierung, sie beginnt mit uns selbst. Wir sind die primären Opfer der sogenannten Unterentwicklung.



"Lass meine Verfassung in Ruhe": Anlass der Proteste, die zum Sturz des Langzeitdiktators Blaise Compaoré im Oktober 2014 geführt haben, war dessen Versuch, die Verfassung zu verändern, um sich so weitere Amtszeiten zu ermöglichen. [Foto: Issouf Sanogo/AFP]

Nach der Revolution

Burkina Faso: Kämpfe gegen Landraub und für Recht auf Wohnraum

Viele Tausende Menschen in Burkina Faso haben sich Ende Oktober 2014 am Aufstand gegen den damaligen Präsidenten Blaise Compaoré beteiligt. Sie haben ein diktatorisches Regime gestürzt, das mit mafiosen Methoden extreme soziale Ungleichheit produziert hat. Eine der großen sozialen Herausforderungen in der burkinischen Gesellschaft ist jetzt die Frage der Verfügung über Grund und Boden und des Rechts auf Wohnraum.

In der Hauptstadt Ouagadougou, wie in anderen Großstädten Westafrikas, ist die Bau- und Immobilienbranche ein boomendes Geschäft, mehr noch: ein Verdrängungskampf von reich gegen arm. Auch Dorfbewohner_innen sind von Landraub durch Bergbau- und Agrarunternehmen sowie Privatpersonen betroffen. Das Compaoré-Regime bot ideale Bedingungen für korrupte Immobiliengeschäfte: „Die Bürgermeister haben Grundstücke verschandelt. Die Gouverneure haben Grundstücke verschandelt. Die Staatsbediensteten haben es sich erlaubt, Grundstücke, an wen auch immer sie wollten, zu verkaufen. Manchmal an mehrere Personen gleichzeitig. Denn die Korruption war Allgegenwart“, so der HipHop-Künstler Serge Bambara alias Smockey von der Basisbewegung Balai Citoyen ("Bürgerbesen"). Ganze Wohnviertel wurden zerstört, viele ärmere Bewohner_innen für Immobilienspekulation und profitable Bauvorhaben vertrieben.

Zahlreiche Menschen aus der armen Bevölkerung haben sich in städtischen Randgebieten und in Dörfern auf unvermessenen Flächen ohne Grundstückstitel niedergelassen – sogenannte „zones non lotis“. Diese irregulären Wohnviertel sind schlecht an öffentliche Infrastruktur wie Strom- und Wasserversorgung oder asphaltierte Straßen angebunden, zudem wohnen die Menschen überwiegend in selbst gebauten Lehmziegelhäusern. Sie leben mit der Bedrohung, dass sie von einem Tag auf den anderen durch Leute mit Geld und guten Kontakten zur Verwaltung vertrieben werden könnten: „Es kann passieren, dass in der Nacht Leute mit Taschenlampen kommen, und sie sagen dir, du musst diesen Ort verlassen, denn jemand anders kommt, um hier zu bauen“, berichtet Vivianne Nikiéma, Bewohnerin des Stadtteils Nagrin im Randgebiet von Ouagadougou und aktiv in der Gruppe „Frauen für das Recht auf Wohnen“. In ihrer Nachbarschaft breiten sich schicke Villenviertel aus, während viele Bewohner_innen seit Jahren vergeblich darauf warten, dass ihnen von der Kommunalverwaltung eine offiziell eingetragene Parzelle zuge-

teilt wird. Unter dem von Blaise Compaoré ermordeten und bis heute hoch geschätzten Präsidenten Thomas Sankara (1983-1987) hatte jede_r Bürger_in das gesetzlich verbriefte Recht auf eine Parzelle bzw. auf ein Stück Land. Unter Compaoré selbst wurde hingegen die Zuteilung der Grundstücke einem System der Willkür und Korruption unterworfen. Stadtteilbürgermeister – in den vergangenen Jahren meist aus Blaise Compaorés Regierungspartei CDP – vergaben Grundstücke an nahestehende Personen bzw. an die, die zahlen konnten. Und zwar ohne Rücksicht darauf, ob eine Parzelle bereits bewohnt war. Immer wieder wurden Bewohner_innen, die sich dagegen wehrten, von Handlangern der korrupten Bürgermeister bzw. derjenigen, die sich Land unter den Nagel reißen wollten, gewaltsam angegriffen, mitunter sogar mit Waffengewalt.

Viele Bewohner_innen der irregulären Wohnviertel haben beim Sturz von Blaise Compaoré mitgekämpft und fordern jetzt konkrete Schritte für das Recht auf Wohnraum. Unter Beteiligung von Aktivist_innen von Afrique-Europe-Interact wurde die „Koordination von Vereinen für das Recht auf Wohnen in Burkina Faso“ (CADLO) gegründet, in der sich verschiedene Basisinitiativen zusammengeschlossen haben. Angesichts der ersten freien Wahlen nach 27 Jahren am 29. November 2015 wollen sie jetzt der zukünftigen Regierung ihre Forderungen ins Stammbuch schreiben. Dazu gehören unter anderem das Ende willkürlicher Landvermessungen und Landvergaben, der Stopp von Vertreibungen und Häuserzerstörungen, die Absetzung und Bestrafung korrupter Bürgermeister, gesicherte Wohn- und Landrechte, sowie die Einführung von Gesetzen zum Schutz der Bevölkerung vor Vertreibungen, Landraub und intransparenten Immobiliengeschäften.

Bereits am 21. März 2015 beteiligten sich über 1000 Menschen aus verschiedenen Stadtvierteln und Dörfern an einer Demonstration in Ouagadougou. Sie bekundeten Unterstützung für die Institutionen des politischen Übergangs, die sie damit auch in die Pflicht nehmen wollten. Der Protest zeigte erste Reaktionen: mehrere ehemalige Bürgermeister wurden wegen korrupter Landvergabe verhaftet. Immer wieder gibt es Mobilisierungskarawanen und Pressekonferenzen in betroffenen Stadtteilen.

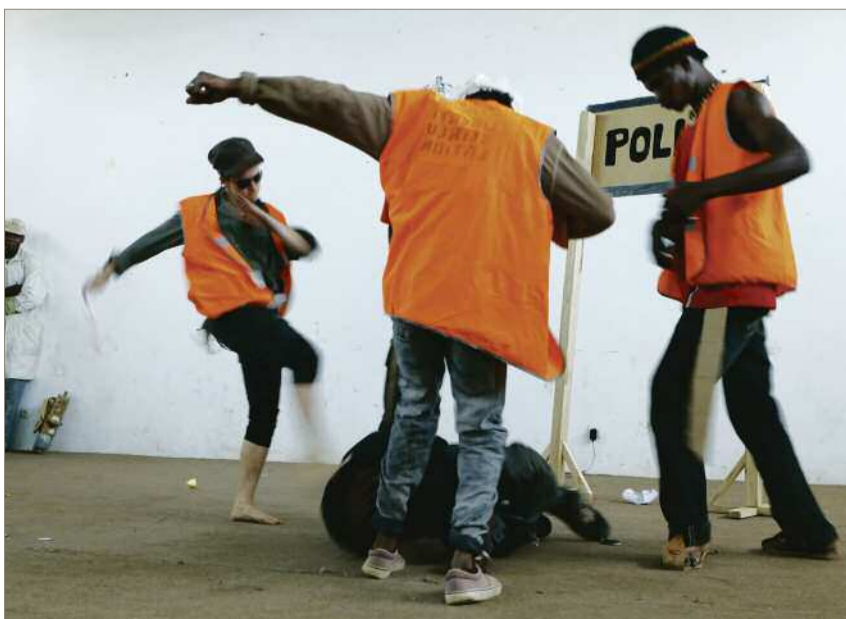
Die Bewohner_innen des Dorfes Lanoagyiri wurden unterstützt wegen der drohenden Vertreibung durch eine Familie, die aufgrund eines geerbten Bodentitels das Dorfland für sich beansprucht und an eine Immobilienfirma verkaufen möchte. Der Schulterchluss mit anderen Bewegungen wird gesucht, unter anderem sind gemeinsame Proteste mit der „Koordination gegen das teure Leben“ (CCVC) geplant: „Wir fordern unsere Rechte, damit uns die Politiker_innen nicht erneut unser Recht auf Wohnen wegnehmen, denn im Wahlkampf heißt es stets „Wählt mich! Wählt mich!“, aber es ändert

sich nichts hinsichtlich der Parzellen. Wir müssen uns selbst erheben, damit man uns nicht verkauft wie einen Sack Bohnen!“, so die Kampfansage der Aktivistin Zeynabou Compaoré. Es gibt noch viel zu tun im „Land der aufrichtigen Menschen“ – so die wörtliche Übersetzung von Burkina Faso.

→ Filmtip

Moussa Ouédraogo (Burkina Faso) und Hans-Georg Eberl (Österreich) sind beide bei Afrique-Europe-Interact aktiv, zusammen haben sie den Film "Revolution mit bloßen Händen" gedreht (Originaltitel: Révolution à mains nues – la trajectoire d'un peuple). Der Film ist ein Dokument der Erinnerung an den Aufstand am 30. und 31. Oktober 2014 in Burkina Faso, der den Sturz des diktatorischen Regimes von Blaise Compaoré herbeigeführt hat. Er stellt unterschiedliche Akteure des Aufstandes vor und besucht symbol-trächtige Orte des Geschehens. Dabei stellt er immer wieder die Frage nach Motivationen, wozu auch Erinnerungen an vorausgegangene Kämpfe gehören. Die Erzählungen beteiligter Personen sprechen davon, wie sich Frauen, Männer, Jugendliche ohne Waffen zu einem Nein gegen ein diktatorisches und militarisiertes Regime erhoben haben. Auf diese Weise möchte der Film Erfahrungen aus Burkina Faso mit denen teilen, die in Afrika und anderswo nach einer demokratischen und gerechten Veränderung streben. Filmvorführungen sind ausdrücklich erwünscht, gerne auch mit einem der Regisseure (90 Min, französisch mit deutschen Untertiteln, Ouagadougou/Wien 2015)

→ Kontakt über: afriqueuropeinteract@yahoo.de



Seit 2011 spielt Fasokele die Lebensgeschichte von Oury Jalloh als (Straßen-)Theater in Mali, Burkina Faso und anderswo, Kayes/Mali 2011 [Foto: Leona Goldstein]

Mikro-Landraub

Korruption bei KfW-Bewässerungsprojekt

Bereits seit langem engagiert sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in der kleinbäuerlichen Bewässerungswirtschaft. Die hiermit verknüpften Errungenschaften sind unstrittig. Umso ernüchternder ist der Umstand, dass es immer wieder zu Korruptionsfällen kommt, die nicht zuletzt zu Lasten kleinbäuerlicher Produzent_innen gehen. So geschehen bei einem von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) durchgeführten Bewässerungsprojekt in Siengo Extension, einem Dorfverbund in Mali, in dem auch mehrere bäuerliche Mitglieder von Afrique-Europe-Interact leben.

Siengo Extension gehört zum Office du Niger, einer äußerst fruchtbaren Region 270 Kilometer nordöstlich der Hauptstadt Bamako. Drei der vier Dörfer, aus denen sich Siengo Extension zusammensetzt, wurden in den Jahren 2013 und 2014 umgesiedelt. Geplant war, dass sämtliche der bereits in den alten Dörfern registrierten Haushalte je nach Größe 2 bis 3 Hektar Land erhalten sollten. Und zwar solches Land, das im Rahmen des KfW-Bewässerungsprojekts neu an das vom Niger-Wasser gespeiste Kanalsystem des Office du Niger angeschlossen worden war. Doch hierzu ist es nicht gekommen: Zahlreiche Haushalte haben gar keine Parzellen erhalten, anderen wurden gerade mal 0,2 bis 0,8 Hektar zugeteilt, dritte wiederum konnten zwar ein neues Haus beziehen, sind aber bei der Landverteilung leer ausgegangen. Verantwortlich hierfür waren in erster Linie die Dorfchefs, sie haben nicht nur zahlreiche Haushalte schlicht übergegangen – meist zu Beginn des Projekts, als Namenslisten mit den späteren Empfänger_innen erstellt wurden. Nein, sie haben auch zusammen mit lokalen Mitarbeiter_innen der Verwaltung des Office du Niger beträchtliche Teile des Landes auf eigene Rechnung an vermögende, teilweise namentlich bekannte Dritte verkauft, die weder in den alten noch den neuen Dörfern leben.

All dies haben malische und europäische Aktivist_innen von Afrique-Europe-Interact bei zahlreichen Einzel- und Gruppengesprächen vor Ort erfahren und sodann dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) detailliert dargelegt. Gleichwohl hat uns das BMZ im Juni 2015 unter Verweis auf ausführliche Gespräche mit dem Of-

fice du Niger schriftlich mitgeteilt, dass die Verteilung des Landes in Siengo Extension "korrekt durchgeführt" worden sei. Die von uns aufgeführten Kritikpunkte hätten vielmehr damit zu tun, dass aus technischen Gründen die ursprünglich vorgesehene Bewässerungsfläche von 1.722 auf 1440 Hektar hätte reduziert werden müssen, so dass der Kuchen an verteilbarem Land kleiner geworden sei. Außerdem hätte eine Prüfung der von Afrique-Europe-Interact vorgelegten Listen der geprellten Haushalte ergeben, dass bis auf drei Ausnahmen keiner dieser Haushalte auf den bereits erwähnten Ausgangslisten gestanden habe – was aus Sicht des BMZ darauf verweise, dass es sich um Haushalte handeln würde, die erst vor kurzem nach Siengo Extension gezogen seien.

So wichtig uns die Gespräche zwischen BMZ und den Verantwortlichen in Mali erscheinen, wir müssen dennoch widersprechen: Einerseits liegen uns ausführliche Schilderungen zahlreicher betrogener Bauern und Bäuerinnen vor, die mit Meldebescheinigungen und ähnlichen Dokumenten nachweisen können (von Zeug_innen ganz zu schweigen), dass sie bereits in den alten Dörfern gelebt und Steuern gezahlt haben. Andererseits können die Namenslisten mitnichten den Umstand aus der Welt schaffen, dass Teile des Landes an Dritte weiterverkauft wurden. Für diese Lesart spricht im Übrigen auch das Gebaren der malischen Behörden. Denn nachdem die Verwaltung des Office du Niger mitbekommen hatte, dass wir unsere Ergebnisse dem BMZ vorgetragen haben, brach hektische Betriebsamkeit aus. Zunächst wurden eilig Versammlungen der Bevölkerung einberufen (mit allerlei Versprechungen), dann aber denjenigen, die bereits 0,2 bis 0,8 Hektar Land erhalten hatten, weitere Flächen zugesprochen – was wir bei aller Widersprüchlichkeit durchaus als Erfolg verbuchen. Zugleich steht der malische Projektkoordinator des Bewässerungsprojekts weiterhin im stetigen Austausch mit denen, die nichts bekommen haben, nicht zuletzt wegen etwaiger Ausgleichsflächen. Für uns ist all dies das Verhalten einer sich zur Recht er tappt fühlenden Verwaltung, weshalb das BMZ mit Nachdruck aufgefordert sei, durch geeignete Maßnahmen den bislang betrogenen Bauern und Bäuerinnen doch noch zu ihrem Recht zu verhelfen.

Oft sind die Kämpfe der Bauern und Bäuerinnen isoliert. Afrique-Europe-Interact möchte daher einen Beitrag zur Vernetzung ihres Widerstandes leisten.

Bäuerliche Basisgewerkschaft COPON

2012 ist erstmalig eine 30-köpfige Delegation von Afrique-Europe-Interact – darunter 10 Aktivist_innen aus Europa – ins Office du Niger gefahren, um Kontakte zu Dörfern aufzubauen, die von Landgrabbing betroffen sind. Aus dieser Zusammenarbeit ist 2014 die Gründung der bäuerlichen Basisgewerkschaft COPON (Koordination der Bauern und Bäuerinnen im Office du Niger) hervorgegangen, die sich fast ausschließlich aus Bauern und Bäuerinnen zusammensetzt und die mit ca. 500 Mitgliedern die mit Abstand größte Einzelorganisation innerhalb unseres transnationalen Netzwerks ist. Ziel der COPON ist zweierlei: Zum einen, bäuerliche Communities in ihren konkreten Auseinandersetzungen mit Großinvestoren, Gerichten, Banken, Händlern oder staatlichen Behörden zu unterstützen. Zum anderen, einen Beitrag zur Vernetzung der verschiedenen Kämpfe und Dörfer im Office du Niger zu leisten.

Aktuell unterstützt die COPON – neben Siengo Extension sowie Sanamadougou und Sahou (vgl. Artikel auf dieser Seite) – den Protest von Bauern und Bäuerinnen aus Molodo: Im Rahmen einer staatlichen Kartoffelinitiative wurden diese 2012 angehalten, erstmalig Kartoffeln anzubauen. Anders als angekündigt, haben die Behörden allerdings keine Vertriebsstruktur geschaffen, so dass die gesamte Ernte vergammelt ist und die Bauern und Bäuerinnen massive Einkommensverluste erlitten haben. Dennoch tauchte vor kurzem ein Gerichtsvollzieher auf und wollte Hab und Gut konfiszieren, weil die Betroffenen noch nicht die Kredite zurückbezahlt hätten, die sie 2012 für Kartoffel-Saatgut und Dünger aufgenommen hatten. Die COPON organisierte daraufhin kleine Blockadeaktionen gegen den Gerichtsvollzieher, zudem handelte sie mit der Staatsanwaltschaft einen Kompromiss aus.



Mobilisierungstour im Office du Niger, März 2015. Gespräch auf dem Weg nach Sanamadougou und Sahou [Foto: David Brown]

Blockadepolitik im Bröckeln

Mali: Transnationale Proteste bringen Bewegung in Landkonflikt

Seit zwei Jahren unterstützt Afrique-Europe-Interact den Kampf der beiden Dörfer Sanamadougou und Sahou zur Wiedererlangung ihres durch den malischen Großinvestor Modibo Keita im Jahr 2010 geraubten Landes. Spektakuläre Durchbrüche konnten in dieser Zeit noch nicht erzielt werden, gleichwohl besteht unter den Dorfbewohner_innen Einigkeit darüber, dass sich die Rahmenbedingungen ihres Widerstands erheblich verbessert haben, seit Afrique-Europe-Interact mit von der Partie ist. In diesem Sinne möchten wir nicht nur über die Geschehnisse im vergangenen Jahr berichten, sondern auch einige der Schwierigkeiten bzw. Herausforderungen beleuchten, die typisch für Landkämpfe in Mali bzw. in Westafrika insgesamt sind.

Rückblende: Nach mehreren Kundgebungen und öffentlichen Briefen in Deutschland wurde Afrique-Europe-Interact im Februar 2015 zu einer zweieinhalbstündigen Besprechung ins Deutsche Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nach Bonn eingeladen. In diesem Rahmen erfuhren wir unter anderem, dass die Afrikanische Entwicklungsbank (an der Deutschland mit 4,1 Prozent beteiligt ist) im September 2014 einem Kredit von 16,8 Millionen Euro an den eingangs bereits erwähnten Großinvestor Modibo Keita nur unter zwei Bedingungen zugestimmt hat: Einerseits, dass in dieser Sache keine gerichtlichen Verfahren mehr anhängig seien, andererseits, dass die betroffenen Familien Entschädigungen erhalten hätten. Beides hat Modibo Keita bejaht, beides ist jedoch unzutreffend, wie Afrique-Europe-Interact im März 2015 bei einem Delegationsbesuch in Sanamadougou und Sahou feststellen musste. Konkreter: Der im Februar 2012 begonnene Prozess ist nicht beendet, sondern seit Ende 2012 schlicht ausgesetzt worden, weshalb ein von den beiden Dörfern neu beauftragter Rechtsanwalt die Wiederaufnahme des Verfahrens problemlos erwirken konnte. Darüber hinaus haben lediglich 8 Familien eine Entschädigung akzeptiert, während die große Mehrheit der Betroffenen auf die Rückgabe ihres Landes pocht – was auch deshalb plausibel ist, weil die beiden Dörfer anlässlich des Gerichtsverfahrens stichhaltige Argumente dafür präsentiert haben, dass der zwischen Modibo Keita und dem malischen Staat abgeschlossene Pachtvertrag ihr Land überhaupt nicht umfasst.

Umso unverständlicher ist es, dass das BMZ im Juni 2015 in einem Brief an Afrique-Europe-Interact mitgeteilt hat, dass die Afrikanische Entwicklungsbank den entsprechenden Hinweisen nachgegangen sei und keine Unregelmäßigkeiten habe feststellen können. Dennoch deutet vieles darauf hin, dass die in diesem Kontext er-

folgten Untersuchungen bei den malischen Regierungsstellen erhebliche Verunsicherung hervorgerufen haben. Denn bereits im Mai tauchten zwei von der Regierung in Bamako bestellte Landvermesser in Sanamadougou und Sahou auf, um zusammen mit den Bewohner_innen ihre ehemaligen Felder zu vermessen – dazu gleich noch mehr. Es folgte am 16. Juni eine Demonstration mit mehreren hundert Bauern und Bäuerinnen in unmittelbarer Nähe des bei Sahou gelegenen Betriebsgeländes von Modibo Keita, begleitet von intensiver Pressearbeit der malischen Aktivist_innen von Afrique-Europe-Interact. Öffentlichen Widerhall hat all dies unter anderem in einer turbulenten Parlamentsdebatte Anfang Juli gefunden, als Oumar Mariko – allseits bekannter Generalsekretär der sozialistischen Partei Malis – den Agrarminister Bocari Tréta hinsichtlich Sanamadougou und Sahou buchstäblich ins Kreuzverhör genommen hat.

Doch damit nicht genug: Bei einer Pressekonferenz Mitte Juli in den Vereinsräumlichkeiten von Afrique-Europe-Interact in Bamako kündigten Vertreter der beiden Dörfer eine öffentliche Besetzung des geraubten Landes zum Ende des Fastenmonats Ramadan an, also im Rahmen des Zuckerfestes. Was für hiesige Ohren harmlos klingen mag, elektrisierte indes die malischen Behörden: Eine Aktion an einem hohen religiösen Feiertag galt als geradezu frevlerisch, entsprechend wurden die Repräsentanten des Dorfes mehrfach zu Gesprächen mit dem zuständigen Gouverneur, dem Präfekten und dem Chef der Gendarmerie vorgeladen (im Übrigen auch zum Austausch über den Landkonflikt selbst). Zudem zogen bei den weit abgelegenen Dörfern immer wieder starke Polizeieinheiten auf, so dass die Dorfbewohner_innen die Aktion zunächst einmal absagen mussten – bevor sie erst kürzlich einen neuen Anlauf angekündigt haben, diesmal im Kontext eines öffentlichen Briefes, in dem die ultimative Rückgabe des Landes bis Mai 2016 gefordert wird.

Spätestens an dieser Stelle lohnt es, einen kurzen Blick auf zumindest zwei der grundlegenden Herausforderungen des Landkonfliktes in Sanamadougou und Sahou zu werfen. Auffällig war zunächst, dass zwar die Dorfbewohner_innen von Anfang an erbitterten Widerstand geleistet haben, dass die malischen Regierungs- und Behördenvertreter_innen allerdings erst ab dem Zeitpunkt auf die Dorfbewohner_innen zugegangen sind, als auch international politischer Druck spürbar wurde – nicht zuletzt aus Deutschland,

das in Mali vielfältig engagiert ist. So bitter dies sein mag, Fakt ist auch, wie Vertreter_innen der Dörfer erst jüngst berichteten, dass die Bauern und Bäuerinnen durch die so ermöglichte Erfahrung eigener Wirkmächtigkeit enorm an Selbstvertrauen gewonnen haben. Deutlich sei das vor allem am 16. Juni geworden. Denn auch wenn die ursprünglich angekündigte Dauerblockade des Betriebsgeländes nicht stattgefunden hat, wurde der Umstand, überhaupt eine solche Demonstration gemacht zu haben, als extrem wichtiger Schritt nach vorne gewertet. In diesem Zusammenhang sticht des Weiteren der hochgradig undemokratische, ja herrschaftliche Charakter der Beziehung zwischen staatlicher Macht und Dorfbewohner_innen ins Auge. Schmerzhaftes Beispiel dürften in dieser Hinsicht die bereits erwähnten

Große Mehrheit pocht auf Rückgabe des Landes bis Mai 2016

Vermessungen sein. Denn obwohl die Dorfbewohner_innen die Vermesser tagelang begleitet haben, wurden ihnen bis heute nicht der Zweck dieses staatlichen Verwaltungsakts mitgeteilt. Unklar ist also, ob hiermit die Vergabe von Ausgleichsflächen vorbereitet werden sollte (was die Dorfbewohner_innen ablehnen würden) oder ob es um den ersten Schritt einer geordneten Rückgabe des geraubten Landes gegangen ist, wie ein höherer Vertreter des Staats erst vor kurzem raunte. Und just dieses Raunen ist keineswegs zufällig, sondern eine in Ländern wie Mali häufig angewandte Strategie. Denn durch das gezielte Wecken von Hoffnungen soll, so das Kalkül bestimmter Regierungsvertreter_innen, der Prozess gleichsam kaukummigartig in die Länge gezogen werden, in der Hoffnung, die Dorfbewohner_innen hierdurch müde machen und zum Verlassen ihrer Dörfer bewegen zu können.

Schließlich: Modibo Keita hat zwar seit besagter Demonstration im Juni seine zweiwöchentlichen Besuche vor Ort eingestellt, außerdem ist ihm seine letztjährige Kartoffelernte weggefault – paradoxerweise entgegen der offiziellen Zielsetzung, mit Hilfe agrarindustrieller Anbaumethoden die allgemeine Ernährungssicherheit zu erhöhen. Und doch ist der Ausgang des Landkonflikts völlig ungewiss. Unstrittig ist lediglich, dass vom Widerstand in Sanamadougou und Sahou präventive Wirkungen ausgehen werden. Denn ein zweites Mal dürfte die malische Regierung eine derart offensichtliche Verletzung geltenden Rechts bestimmt nicht durchgehen lassen.

Information:
Ausführliche Infos auf unserer Webseite, Spenden dringend benötigt!

Zynische Unterscheidungen

Die aktuelle Asyldebatte aus Sicht von Geflüchteten

Seit Monaten wird überall in Europa über eine Verschärfung der Asylgesetzgebung debattiert – einschließlich des Versuchs, die EU noch stärker zur Festung auszubauen. In der aufgeregten Debatte finden die Stimmen von Geflüchteten kaum noch Gehör. Vor diesem Hintergrund kommentiert Rodrigue Pégué Takou Ndie die zynische Unterscheidung zwischen echten und falschen Geflüchteten, während Geraud Potago über den enormen Stress berichtet, dem viele Geflüchtete im Alltag ausgesetzt sind, insbesondere durch die ständige Abschiebegefahr. Beide Autoren kommen aus Kamerun, beide sind bei Afrique-Europe-Interact aktiv.

Die Spaltung der Flüchtlinge ist ein Sachverhalt, den wir nicht erst seit gestern beobachten können. Diese Spaltung hat sich aktuell nur noch weiter zugespitzt. Auf der einen Seite gibt es diejenigen, denen eingeräumt wird, ein Recht auf Asyl zu haben, da sich ihr Land akut in einer schrecklichen Situation befindet. Sie gelten als die „guten Flüchtlinge“. Man erkennt an, dass das Leben dieser Menschen einer unmittelbaren Bedrohung ausgesetzt ist, sei es aufgrund ihrer politischen Haltung, aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder aufgrund von Krieg.

Nun gibt es aber auch viele Menschen, die aufgrund von ökonomischen Gründen fliehen. Sie gelten heute als „falsche Flüchtlinge“ – denn sie verlassen ihre Länder ja „lediglich“ aufgrund von Hunger, aus einer allgemeinen Misere heraus. Die Tatsache, dass die öffentliche Meinung heute so stark von dieser Spaltung geprägt ist, hat ihren Grund in der offiziellen Regierungspolitik vieler Länder. Sie machen diese Unterscheidung mehrheitsfähig und sie gießen sie in entsprechende Gesetze: Wenn ein Mensch migriert, weil er Hunger hat, hat er kein Recht darauf, in ein reiches Land zu kommen. Der Staat heisst nur diejenigen willkommen, die verirrt den Kugeln entkommen sind und solche, die in ihrem Land eine bedeutende politische Stellung innehatten.

Diese Unterscheidung und Spaltung unter den Geflüchteten ist jedoch die Wurzel allen Übels. Denn alle Menschen haben die gleichen Rechte und Pflichten. Das Recht, das eigene Leben zu schützen, ist fundamental. Nicht alle Menschen haben die Gabe und die Möglichkeit, ihre Unzufriedenheit mit der Situation in ihrem Land dadurch auszudrücken, dass sie politischen Protest ausüben. Asyl sollte allerdings nicht nur denjenigen zustehen, die mit lauter Stimme gegen die korrupten Politiker demonstrieren und so ihr Leben aufs Spiel setzen. Auch die vielen, die die

erdrückende Situation ihres Landes und die extreme Armut nicht mehr länger ertragen wollen, haben ein Recht auf Schutz. Denn in Ländern, wo die Gesundheitsversorgung praktisch inexistent ist und die öffentliche Sicherheit als Luxus erscheint, den die Regierung nicht allen Bürgerinnen und Bürgern garantieren kann, ist es offensichtlich, dass die Lebensbedrohung sich oftmals nicht direkt äußert, etwa in Form von unmittelbarer Gewaltausübung oder Polizeirepression. Vielmehr verhält es sich so, dass die Politik des Landes eine verallgemeinerte prekäre Lage herbeigeführt hat, in der praktisch jeder und jede an fast jedem Ort Gefahr läuft, das eigene Leben zu verlieren.

Die ökonomischen Migrant_innen müssen also ebenfalls als legitime Geflüchtete anerkannt werden, denn ihre Flucht ist das Ergebnis der fortgesetzten, neokolonialen Ausbeutung ihrer Länder und der unangenehm abgeschlossenen, nur fassadenhaft durchgeführten Dekolonisierung. Es kann nicht sein, dass Geflüchtete und Migrant_innen fortwährend dazu gezwungen sind, im Zuge ihres Asylverfahrens zu lügen, um ihre Anwesenheit gegenüber den Behörden zu legitimieren. Ein Asylgesuch aufgrund von Krieg sollte nicht anders behandelt werden als ein Asylgesuch aufgrund von Hunger und Elend.

Stress im Lager

Mir stellt sich zunächst die Frage, ob sich die Situation in jüngerer Zeit katastrophenartig zugespitzt hat. Ich würde sagen nein. Denn die herrschende Tonlage war ohnehin schon sehr rau. Viele Flüchtlinge leben seit langem im Chaos und mit ständiger Angst. Was neu ist, ist der Umstand, dass die grauenhaften Gesetze von der großen Mehrheit als normal akzeptiert werden. Die Politiker_innen, die den meisten Applaus erhalten, sind diejenigen, die die Xenophobie und die Strenge hoffähig machen, die den Bürger_innen garantieren, dass ihre Sicherheit gewährleistet sei, indem die guten Flüchtlinge aufgenommen, die Wirtschaftsmigrant_innen hingegen wie Cargofracht abgeschoben werden. Währenddessen erleben die Flüchtlinge ungläubliche Bedingungen in der Hölle der Asylheime. Es ist alles andere als einfach, mit lauter unbekanntenen Personen in einem Zimmer zu leben. Das führt immer wieder zu Streit und zu regelmäßigen Polizeieinsätzen im Lager. Unter solchen Bedingungen gibt es weder Ruhe noch Intimität. Jeder macht, was er will, um den eigenen Stress abzubauen, während die anderen im Zimmer schlicht ignoriert wer-

den. Und auch die Anwält_innen können lediglich hoffnungslose Antworten geben, so dass die Leute in ihrem Stress gefangen bleiben. Entsprechend liegt eine Stimmung des Selbstmords in der Luft. Es gibt immer wieder Geflüchtete, die sich aus dem Fenster stürzen, einfach um der Tristheit ihres Lebens zu entkommen.

Viele in Europa machen sich nicht klar, was Abschiebungen praktisch bedeuten. Ich habe erlebt, wie morgens vor 5 Uhr Polizist_innen in drei Polizeiautos gekommen sind und direkt zum entsprechenden Zimmer des Abzuschickenden gegangen sind. Widerstand zu leisten, war nicht möglich, die Polizist_innen waren sehr entschlossen. Die anderen drei aus dem Zimmer, die auch schon eine Abschiebeankündigung erhalten haben, schlafen seitdem nicht mehr im Lager. In einem anderen Fall ist der Betreffende – sein Name ist Xavier Bertrand – aus dem Fenster im dritten Stock gesprungen, um sich der Abschiebung zu entziehen. Er hat sich viele Frakturen zugezogen und wurde mit dem Hubschrauber abtransportiert. Viele, ja alle empfinden das ähnlich wie Xavier, auch sie würden sich im Falle der Abschiebung lieber das Leben nehmen wollen.

Denn die Opfer und die durchgestandenen Qualen, die Leute wie ich durchgemacht haben, die teilweise 5 bis 10 Jahre unterwegs waren, würden durch eine solche Abschiebung auf einen Schlag komplett entwertet werden. Man hat nicht überlebt – anders als viele andere, die kein Glück gehabt haben – um am Ende abgeschoben zu werden. Hinzu kommt, dass die Reaktion der Familie nicht zu vernachlässigen ist. Für sie wird die Entwertung als erstes sichtbar und konkret, was vor allem deshalb schwierig ist, weil sie ja mit enormer Unterstützung und mit Gebeten die Migration überhaupt erst ermöglicht hat. Die Familie wird die abgeschobene Person also anklagen: Anstatt Quelle von Glück zu sein, ist sie nun Quelle von Unglück. Und damit nicht genug, in Kamerun können in einem solchen Fall sogar die Kinder und die Frau plötzlich verstoßen werden. Ja, Abschiebung ist eine Schade, die erst wieder ausgeglichen ist, bis man Großes geleistet hat. Insofern glaube ich, dass sich an diesem Punkt die Haltung ändern müsste. Nur wenige begreifen Abgeschobene als Held_innen des Muts, als solche, die es zumindest geschafft haben, ihr Leben zu retten, auch wenn der Krieg verloren gegangen ist. Ich finde, sie hätten es schlicht verdient, gut umsorgt zu werden.

Denn die Opfer und die durchgestandenen Qualen, die Leute wie ich durchgemacht haben, die teilweise 5 bis 10 Jahre unterwegs waren, würden durch eine solche Abschiebung auf einen Schlag komplett entwertet werden. Man hat nicht überlebt – anders als viele andere, die kein Glück gehabt haben – um am Ende abgeschoben zu werden. Hinzu kommt, dass die Reaktion der Familie nicht zu vernachlässigen ist. Für sie wird die Entwertung als erstes sichtbar und konkret, was vor allem deshalb schwierig ist, weil sie ja mit enormer Unterstützung und mit Gebeten die Migration überhaupt erst ermöglicht hat. Die Familie wird die abgeschobene Person also anklagen: Anstatt Quelle von Glück zu sein, ist sie nun Quelle von Unglück. Und damit nicht genug, in Kamerun können in einem solchen Fall sogar die Kinder und die Frau plötzlich verstoßen werden. Ja, Abschiebung ist eine Schade, die erst wieder ausgeglichen ist, bis man Großes geleistet hat. Insofern glaube ich, dass sich an diesem Punkt die Haltung ändern müsste. Nur wenige begreifen Abgeschobene als Held_innen des Muts, als solche, die es zumindest geschafft haben, ihr Leben zu retten, auch wenn der Krieg verloren gegangen ist. Ich finde, sie hätten es schlicht verdient, gut umsorgt zu werden.



Aktivist_innen von Afrique-Europe-Interact verhindern in einem Air France-Flugzeug nach Bamako eine Abschiebung, Paris, 2011 [Foto: Leona Goldstein]



Ein Mitglied der Assoziation der Abgeschobenen Togos in Sokodé berichtet von seiner Abschiebebefahrung, April 2014 [Foto: All Included]



Eine aus Deutschland abgeschobene Aktivistin der Assoziation der Abgeschobenen Togos in Sokodé berichtet über ihr Leben in Deutschland, April 2014 [Foto: All Included]

ÜBER DAS NETZWERK

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind Basisaktivist_innen unter anderem in Mali, Burkina Faso, Togo, Tunesien, Marokko, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, Migrant_innen und Abgeschobene. AEI kritisiert die repressive EU-Migrationspolitik, gleichzeitig sollen die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Grundsätzlich ist AEI gleichermaßen in Afrika und Europa aktiv. Wo es passt, arbeiten wir auch gerne in Bündnissen.

WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET

TWITTER: @AE_INTERACT

FACEBOOK: AFRIQUE EUROPE INTERACT

E-MAIL: nolagerbremen@yahoo.de
Mali: expulsesmaliensbasta@yahoo.fr

TELEFON: +49 (0) 15 78 / 4 85 29 21

BUCH-TIP

Im September 2015 erschien in 4. Auflage das Buch des AEI-Aktivisten Emmanuel Mbolela: **Mein Weg vom Kongo nach Europa. Zwischen Widerstand, Flucht und Exil**, 196 Seiten, 14,90 Euro (mit einem Vorwort von Jean Ziegler). Das Buch handelt von Mbolelas politischer Arbeit im Kongo, von seiner 'Reise' durch die Sahara, vom 4-jährigen Blockiert-Sein in Marokko sowie dem langen Prozess des Ankommens in Europa.

FILM-TIP

Im November 2015 hat der unter anderem von Afrique-Europe-Interact unterstützte Film **"God is not working on Sunday"** der Berliner Filmemacherin Leona Goldstein Premiere in Deutschland gehabt. Die bereits mehrfach ausgezeichnete Dokumentation berichtet davon, wie Frauen nach dem Völkermord in Ruanda 1994 ihr Weiterleben gemeinsam organisiert haben. Infos und Kontakt: <http://www.zapanka.net>

IMPRESSUM

Hrsg. Afrique-Europe-Interact // Bilder All Included/Amsterdam, David Brown, Leona Goldstein, Issouf Sanogo // Gestaltung Laura Maikowski, www.bildargumente.de // Bestellung Wir schicken auf Anfrage gern Exemplare dieser Zeitung zu // Erscheinen: Diese Zeitung liegt im Dezember 2015 der tageszeitung taz sowie den Monatszeitungen ak - analyse und kritik sowie Graswurzelrevolution bei // V.i.S.d.P. Volker Mörchen, St. Pauli-Strasse 10-12, 28 201 Bremen // **Finanzielle Förderung:**



SPENDEN & SOLIDARITÄT

Afrique-Europe-Interact ist für seine ausschließlich ehrenamtliche Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung! Dabei können Spenden konkreten Projekten zugedacht werden (ggf. bitte angeben) oder 'ungebunden' unsere gesamte Arbeit unterstützen. Praktischer sind für uns ungebundene Spenden, einfach deshalb, weil sie uns mehr Flexibilität geben, auf unerwartete Finanzbedarfe zu reagieren. Konkret sammeln wir derzeit für folgende Aktivitäten Geld: **Ersrens** für unsere Aktivitäten im Bereich Landgrabbing in Mali und Burkina Faso - auch für die Arbeit der Basisgewerkschaft COPON (vgl. S. 3); **zweitens** für migrationsbezogene Gedenkveranstaltungen am 18.12.2015 und 06.02.2016 in Sokode/Togo, Kita/Mali, Rabat/Marokko und Berlin; **drittens** für die Unterstützung der AEI-Vereinslokale in Bamako und Ouagadougou **viertens** für das Rasthaus in Rabat und **fünftens** für unsere Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit in Europa.

Spenden sind steuerlich absetzbar! (bitte Adresse mitteilen)

Unsere Kontoverbindung

Name Globale Gerechtigkeit e.V.

Kontonummer 2 032 237 300

Bank GLS Gemeinschaftsbank

BLZ 430 609 67

IBAN DE67 4306 0967 2032 2373 00

BIC GENODEM1GLS

Oder online per Lastschrift einzug